



JAHRESBERICHT

2011

SACHGEBIET 34



Regierung von Unterfranken

Städtebau

Vorwort

„...Leer stehende Häuser und Brachflächen in Ortszentren sind sichtbare Zeichen demographischer Veränderungsprozesse. Umgekehrt haben viele Ortskerne und Innenstädte einen hohen Stellenwert für die Lebensqualität der Bewohner und machen die Orte attraktiv für Zuzügler. Dabei sind zunächst die Kommunen selbst in der Pflicht. Das heißt: Noch stärker als bisher muss sich der Fokus der Gemeindeverantwortlichen auf die Innenentwicklung der Dörfer und Städte bei gleichzeitiger Begrenzung der Außenentwicklung und des Flächenverbrauchs richten...“.



So ist im „Aktionsplan demographischer Wandel“ zu lesen, wie er vom Bayerischen Ministerrat bei der Klausurtagung in St. Quirin am 19.11.2011 verabschiedet wurde.

Der Staat lässt die Kommunen bei dieser Herausforderung nicht allein. Das Sachgebiet 34 „Städtebau“ befasst sich bereits seit vielen Jahren mit diesen Themenbereichen des Flächensparens, des demographischen Wandels und des Einsatzes regenerativer Energien, verstärkt auch in interkommunaler Zusammenarbeit, innerhalb des weiten Spektrums seiner Aufgaben. Die Städtebauförderung, die im „Aktionsplan demographischer Wandel“ auch als wichtiges bayerisches Förderinstrument anerkannt und hervorgehoben wird, um die Innenentwicklung zu stärken, nimmt dabei ein großes Handlungsfeld ein. Die Städtebauförderung konnte zudem im Jahr 2011 ihr 40-jähriges Jubiläum als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern feiern.

Ich wünsche mir, dass dieser „Jahresbericht 2011“ des Sachgebietes „Städtebau“ mit seinen zahlreichen Beispielen reges Interesse findet und weitere Anregungen für die zukünftige Entwicklung unserer unterfränkischen Städte und Gemeinden geben kann.



Dr. Paul Beinhofer
Regierungspräsident



Neugestaltung der Mainpromenade in Kitzingen

Foto: Büro arc grün

Inhaltsverzeichnis

Organigramm Sachgebiet 34 Städtebau	5
--	----------

STÄDTEBAU

• Demographischer Wandel	6
Reichenberg, Seniorenwohnhof	7
• Flächensparen	8
Infrastruktur-Folgekosten von Wohngebieten	9
• Militärkonversion in Unterfranken	10
Bundeswehrreform 2011	11
• Interkommunale Zusammenarbeit	
Daseinsvorsorgekonzepte für Gemeindeallianzen	12
• Energieeffizienz im Städtebau	13
• Stärkung des ländlichen Raums	
Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“- Innenentwicklung in ländlichen Kommunen	14
Alzenau OT Albstadt, Umbau „Alte Schule“	15
• Veranstaltungen / Öffentlichkeitsarbeit	16
Ausstellung „Zukunft planen – Zukunft gestalten“	17
• Städtebauliche Wettbewerbe	18
Bad Kissingen, Neugestaltung der Fußgängerzone	19
• Fortbildungsseminar der OBB in Würzburg	20

STÄDTEBAUFÖRDERUNG

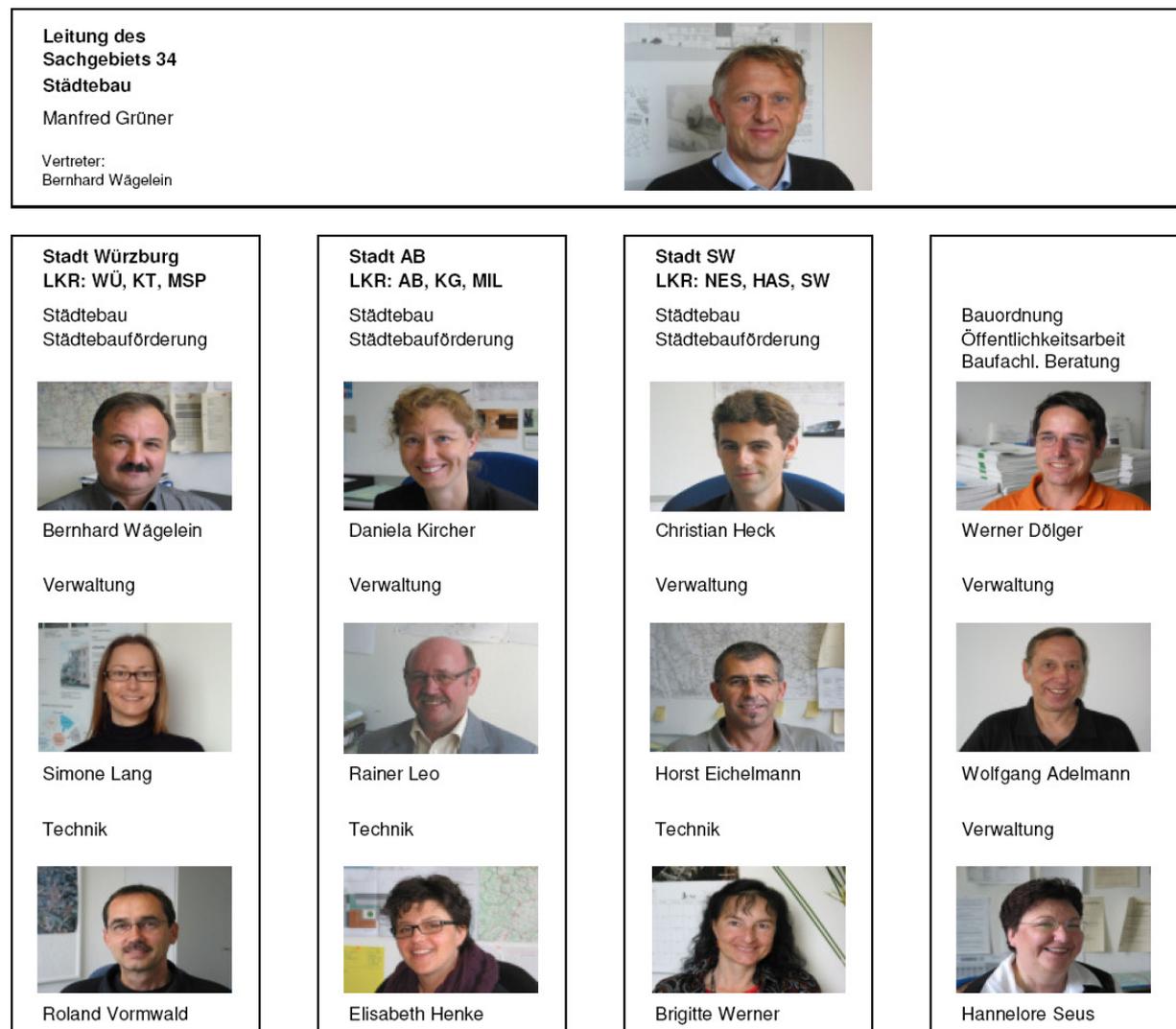
• 40-jähriges Jubiläum der Städtebauförderung	21
• Städtebauförderungsprogramme 2011	22
Förderübersicht Städtebauförderung Unterfranken Programmjahr 2011	23
Übersicht Aufteilung Kommunen/Programme/Finanzhilfen	24
Ablaufplanung Bedarfsmittelteilung / Zuwendungsantrag	25
• Bayerisches Städtebauförderungsprogramm	
Nordheim v. d. Rhön., Sanierung und Umnutzung des Alten Rathauses	26
Ebenhausen, Abschluss Gesamtmaßnahme	27
• Bund- Länder- Städtebauförderungs- (Grund-) Programm	28

• Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm II, Soziale Stadt	
Röttingen, Burg Brattenstein	29
Röttingen, Naherholungszone	30
Kitzingen, Kleistplatz	31
Aschaffenburg, Modellvorhaben Kooperationen – Hefner- Alteneck	32
Quartiersmanagertreffen	33
• Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm III - Stadtbau West	
Ebern, Schuhmacherhaus	34
Kitzingen, Neugestaltung der Mainpromenade	35
• Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm IV - Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	
Kleinwallstadt, Umbau und Sanierung der Zehntscheune	36
Alzenau, Marktplatz	37
• Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm V - Städtebaulicher Denkmalschutz	
Ochsenfurt, Mainbrücke	38
• Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm VI - Kleine Städte und Gemeinden	
Bischofsheim, öffentliche Grünanlage „ehemalige Hammermühle“	39
• EFRE- Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“	
Miltenberg, Sanierung der Mildenburg	40
• Konjunkturpaket II - Sondermaßnahmen der Städtebauförderung	41
Zeil a. Main, Hexendokumentationszentrum	42
Rödelsee, Neugestaltung der Ortsmitte	43
• Veranstaltungen Städtebauförderung	
10. Jahrestagung Städtebauförderung 2011 in Kitzingen	44

Organigramm Sachgebiet 34 Städtebau

Regierung von Unterfranken

Stand 01.03.2012



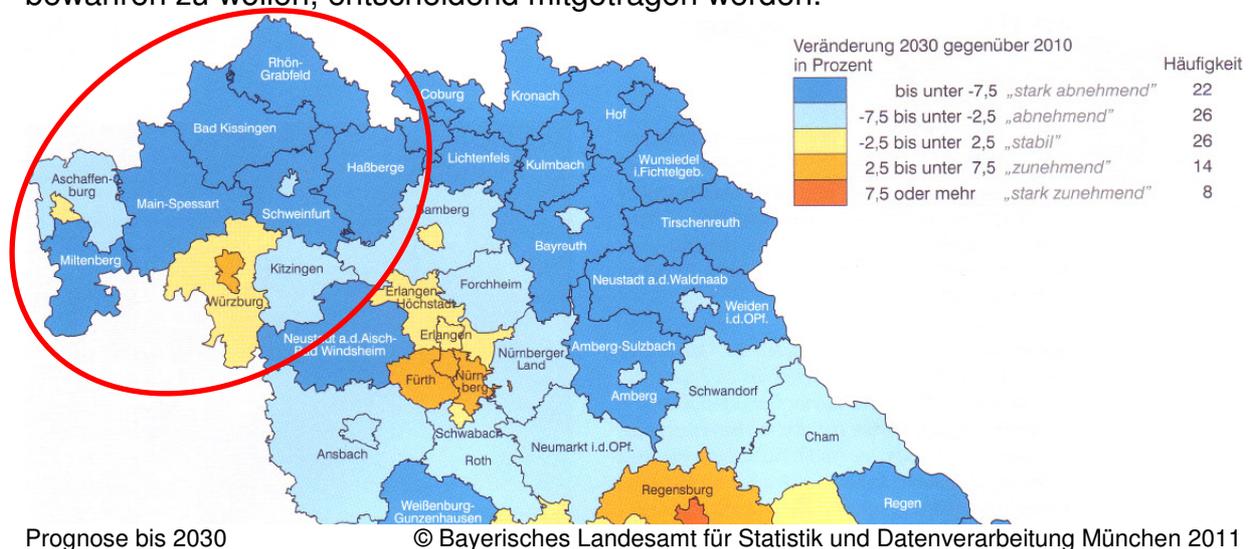
Aufgaben der Sachgebiete im Internet: www.regierung.unterfranken.bayern.de
 bei „Unsere Aufgaben“ -> „Planung und Bau“ unter der Überschrift „Städtebau“

Demographischer Wandel Auswirkungen auf Unterfranken

Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes ist Unterfranken nach Oberfranken der Regierungsbezirk, der vom demographischen Wandel am meisten betroffen sein wird.

In Unterfranken müssen wir bis 2030 mit einem Bevölkerungsverlust von rund 10 Prozent in den ländlich geprägten Landkreisen Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Hassberge, Main-Spessart und Schweinfurt rechnen. Rein zahlenmäßig ist dafür entscheidend der Sterbefallüberschuss, strukturell kritisch und spezifisch für die ländlichen Räume aber gerade auch die Abwanderung junger Menschen.

Der demographische Wandel ist irreversibel, aber seine Folgen sind gestaltbar! Die gewünschten Erfolge in den einzelnen Kommunen werden von dem Zusammenspiel von staatlich angebotener Förderung, kommunalem Engagement und dem Engagement und Willen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, ihre Heimat gestalten und bewahren zu wollen, entscheidend mitgetragen werden.



Demographischer Wandel Seniorenwohnhof am Schlossberg in Reichenberg

Wer wünscht sich das nicht, im Alter trotz gestiegenem Hilfe- und Pflegebedarf weiterhin im gewohnten Umfeld leben zu können und nicht in ein weit entferntes Pflegeheim umziehen zu müssen? Vier gleichwertige Partner, die Marktgemeinde Reichenberg, das Diakonische Werk Würzburg, die Stiftung Altenhilfe und die evangelische Kirche Reichenberg haben sich hierzu zur Betreiber-Gesellschaft „Wohnen im Alter“ zusammengeschlossen, um dies zu verwirklichen!

Unter Erhalt des Ensembles und prägender Bauteile eines ehemaligen landwirtschaftlichen Anwesens unterhalb des Schlosses entstand mitten im Ort, direkt neben Rathaus und Kirche, eine moderne, barrierefreie Seniorenwohnanlage für 16 Personen. Das Leben spielt sich in zwei Wohngemeinschaften ab. So steht neben dem einzelnen Appartement den Bewohnern auf jeder Etage eine gemeinsame Wohnküche mit 60 Quadratmetern zur Verfügung. Weiterhin gibt es auf jeder Ebene ein Wellness- Bad und einen Ausgang auf die Terrasse.

Zudem entstand ein neu gestalteter Platz zwischen Seniorenanlage und Kirche, der auch als Entree zur Treppenanlage zum Schloss sowie als barrierefreier Zugang zur Kirche dient. Bauherr der Anlage war der Markt Reichenberg. Bei Gesamtkosten von ca. 3,35 Millionen Euro konnte das Projekt durch einen Zuschuss von 1.065.200 € aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm unterstützt werden.



Zustand vor und nach der Sanierung



Fotos Büro stahl.lehrmann | architekten

Flächensparen Flächenmanagement- Datenbank

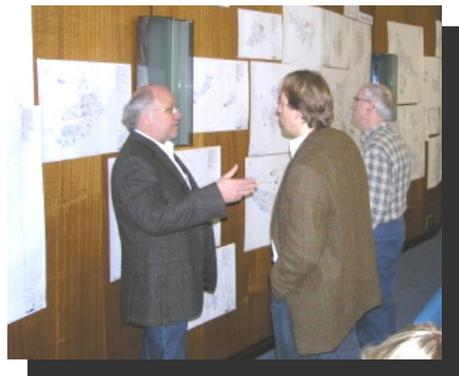
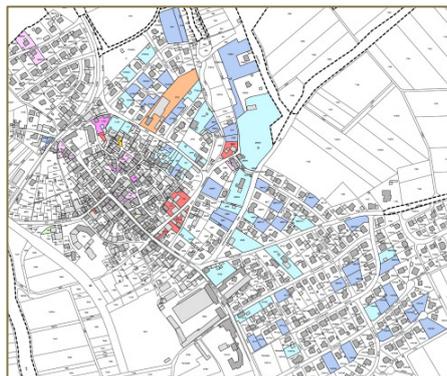
Um die Kommunen bei der Umsetzung einer Flächen sparenden Siedlungsentwicklung zu unterstützen, hat das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit zusammen mit der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern das Instrument einer Flächenmanagement-Datenbank entwickelt. Die Flächenmanagement- Datenbank wurde im Rahmen eines Modellprojektes „Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit“ (FLIZ) innerhalb der interkommunalen Allianz Oberes Werntal entwickelt und erstmals eingesetzt und allen bayerischen Kommunen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Im Landkreis Bad Kissingen wurde erstmals in Bayern eine flächendeckende Erhebung mittels der Flächenmanagement-Datenbank durchgeführt, was zwischenzeitlich auch im Landkreis Schweinfurt erfolgte. Die hierbei erhobenen, bereits bestehenden enormen Innenentwicklungspotenziale im Landkreis Bad Kissingen (25 Kommunen mit 116 Gemarkungen) sprechen für sich und sind keine Ausnahme:
412 ha „Klassische“ Baulücken“, zusätzlich 520 leerstehende Wohngebäude, 170 leerstehende Hofstellen und dies bei einem ermittelten, tatsächlichen Wohnbaulandbedarf bis 2023 von nur 22 ha!

Mitten im Ort – mitten im Leben



Auszüge Broschüre © LK Bad Kissingen



Diskussion © RUF

Flächensparen Infrastruktur- Folgekosten von Wohngebieten

Im Sommer 2011 hatte die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern gemeinsam mit dem Bayerischen Landesamt für Umwelt zu dem Modellprojekt „Infrastruktur-Folgekosten von Wohnbaugebieten“ aufgerufen, bei dem untersucht werden soll, wie hoch die Folgekosten bei Realisierung von neuen Wohnbaugebieten tatsächlich sind.

Diese Verdeutlichung scheint umso dringlicher, da viele Kommunen weiterhin den Weg verfolgen, einen seitens des Landesamts für Statistik errechneten Bevölkerungsrückgang als Folge des demografischen Wandels, mittels Erschließung neuer Wohngebiete entgegenwirken zu wollen. Und dies trotz der Erkenntnisse auch dank der Flächenmanagement-Datenbank über erhebliche Bauflächenreserven und bereits bestehende Leerstände.

Im Rahmen des Modellvorhabens will man auch den praktischen Einsatz Erfahrungen des sogenannten „Folgekosten- Schätzers“ sammeln. Dieses Programm wird derzeit in acht bayerischen Modellkommunen angewendet, wozu auch die Stadt Bischofsheim zählt. Weitere Infos zum Infrastruktur- Folgekosten- Schätzer unter:

www.was-kostet-mein-baugebiet.de



Grafiken

Militärkonversion in Unterfranken

Unterfranken war bereits von den beiden letzten Wellen der Militärreformen stark betroffen. Hier sind die vollständigen Standortschließungen der Bundeswehr in Ebern, Wildflecken und Mellrichstadt verbunden mit dem Leerstand und der notwendigen Konversion der Liegenschaften zu nennen. Hierzu kamen die noch viel umfangreicheren Auswirkungen des Komplettabzugs der Amerikaner in Aschaffenburg, Bad Kissingen, Giebelstadt, Wildflecken, aber auch in Würzburg und vor allem in Kitzingen.

Um die Kommunen bei der Bewältigung des Konversionsprozesses zu unterstützen, wurde bereits 2004 die Arbeitsgruppe „Konversion“ unter Leitung von Herrn Regierungsvizepräsidenten Dr. Andreas Metschke an der Regierung von Unterfranken gegründet.

Alle von den Militär- bzw. Bundeswehrreformen betroffenen unterfränkischen Kommunen wurden, so gewünscht, in die Städtebauförderung und hier vor allem in das Bund-Länderprogramm „Stadtumbau West“ aufgenommen. Durch den engen Kontakt zu den Kommunen und der dortigen Präsenz in Lenkungsgruppen fiel auch die Bündelung der Informationen zum Stand des Konversionsprozesses in den einzelnen Kommunen und damit die „Geschäftsführung“ innerhalb der Arbeitsgruppe „Konversion“ der Regierung von Unterfranken in den Tätigkeitsbereich des SG 34.



Abzug der Amerikaner aus Kitzingen © Stadt Kitzingen



Bilder aus ehem. Rhönkaserne Wildflecken © RUF

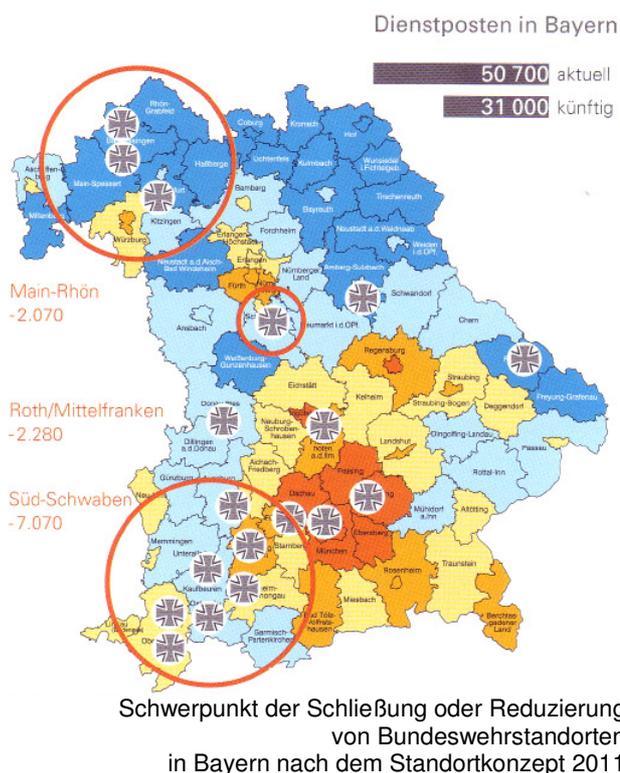
Bundeswehrreform 2011

Nach Bekanntgabe durch Verteidigungsminister Thomas de Maizière am 26.10.2011 sollen im Rahmen der Bundeswehrreform 2011 bundesweit 31 von 400 Bundeswehrstandorten geschlossen werden (drei davon in Bayern: Fürstenfeldbruck, Penzing, Kaufbeuren) und insgesamt 20.000 Stellen wegfallen.

In Unterfranken sind die Standorte Hammelburg, Volkach, Veitshöchheim, Wildflecken und Würzburg von Reduzierungen betroffen. Die Zahl der Dienststellen wird damit von bisher 6.180 auf zukünftig 3.726 reduziert (ca. - 40%). Schließungen von Bundeswehrstandorten sind in Unterfranken nicht vorgesehen.

Mit zwei umfangreichen Dienstpostenreduzierungen (Hammelburg und Wildflecken) trifft dies den Landkreis Bad Kissingen besonders hart, da die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern 2030 für diesen Landkreis ebenso wie für die Landkreise Haßberge und Rhön-Grabfeld mit über 11% den höchsten Bevölkerungsrückgang ausweist, also von den Auswirkungen des demographischen Wandels ohnehin schon besonders betroffen sein wird.

Die Bayerische Staatsregierung hat angekündigt, dass sie jede von der Standortschließung oder Truppenreduzierung betroffene Kommune bei der Konversion stützen wird. Hierbei sollen die Regierungen als in den Regionen verankerte und fachübergreifend aufgestellte Förderverwaltungen eine zentrale operative Funktion einnehmen.

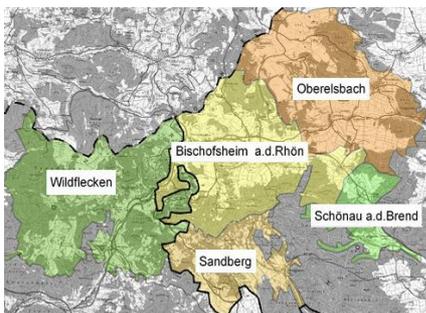


Interkommunale Zusammenarbeit Daseinsvorsorgekonzepte für Gemeindeallianzen

Die Infrastruktur ist ein bestimmender Faktor für die Standortattraktivität einer Kommune bzw. Region. Eine Bevölkerungsabnahme führt unweigerlich zu einer rückläufigen Auslastung des Infrastrukturangebots bei wachsenden Kosten pro Kopf.

Der wichtigste Ansatz zur Anpassung an diese Entwicklung ist die interkommunale Zusammenarbeit. Beispiele erfolgreicher interkommunale Gemeindeallianzen - teilweise sogar landkreisübergreifend - finden sich inzwischen in vielen Teilen Unterfrankens. Die Regierung von Unterfranken unterstützt diese interkommunale Abstimmung. Vorbildliche Beispiele sind im Internetauftritt www.projekt-iz.de veröffentlicht.

Gerade im Hinblick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels, können Gemeindeallianzen mit vertiefenden Entwicklungskonzepten zur Sicherung der Daseinsvorsorge speziell auch mit Mitteln des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden - überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ unterstützt werden. In Unterfranken sind dies derzeit vier Gemeindeallianzen: die Kreuzberg- Allianz, die Allianz Hofheimer Land, die Brückenauer Rhönallianz sowie die Grabfeld- Allianz.



Karte zur Kreuzbergallianz



Bürgerbeteiligung



Allianz- Bürgermeister © RUF

Energieeffizienz im Städtebau

Energieeffizientes und nachhaltiges Planen und Bauen beginnt nicht erst am Gebäude. Bereits auf städtebaulicher Ebene werden die Weichen für den späteren Energieverbrauch von Siedlungen, aber auch von einzelnen Gebäuden gestellt. Lage und Zuordnung von neuen Stadtquartieren zu bestehenden Siedlungsstrukturen sind bestimmend für Ver- und Entsorgungsnetze und Verkehrsströme.

Eine Siedlungsentwicklung, die Verkehr reduziert und eine zunehmende Bodenversiegelung vermeidet, leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und damit zum Klimaschutz. Dies ist vor allem durch eine Konzentration der Siedlungstätigkeit auf Innenstädte und Ortszentren, eine bedarfsgerechte Neuausweisung von Bauflächen und die Schaffung kompakter Siedlungseinheiten zu erreichen.

Informationen zur städtebaulichen Planung und bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit in Bezug auf erneuerbare Energien unter:

www.stmi.bayern.de/bauen/baurecht/17480/

Leitfaden Energienutzungsplan unter:

<http://www.stmi.bayern.de/bauen/baurecht/staedtebau/17251/>



Leitfaden Energienutzungsplan



Erneuerbare Energieträger

Stärkung des ländlichen Raums Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“

Im Juni 2010 lobte die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern das Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ aus, das sich an bayerische Städte und Gemeinden im ländlichen Raum richtete, die den wirtschaftsstrukturellen und demographischen Veränderungen aktiv begegnen wollen. Das Modellvorhaben hat das Ziel, für Städte, Märkte und Gemeinden Lösungsansätze zu entwickeln, die dazu beitragen, die Ortskerne zu stabilisieren, innerörtliche Leerstände zu beseitigen und regionale Potentiale zu stärken.

Aus 85 Bewerbungen hat ein Gremium der Obersten Baubehörde mit Vertretern des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Gemeindetags zehn bayerische Modellprojekte ausgewählt, hierunter auch zwei Kommunen aus Unterfranken: die Stadt Röttingen, sowie den Markt Stadtlauringen.

Die Umsetzung der Modellprojekte begann im Frühjahr 2011 mit einer Auftaktveranstaltung am 4. März 2011 in Stadtlauringen. Den Modellgemeinden wird während der dreijährigen Umsetzungsphase eine wissenschaftliche Begleitforschung zur Seite gestellt. Weitere Informationen zum Modellvorhaben sind abrufbar im Internet unter:

www.ortschafftmitte.de



Herr Staatssekretär Eck mit Bürgermeistern der Modellkommunen, Logo, BGM Heckenlauer © OBB im Bay. StMI

Stärkung des ländlichen Raums Umbau und Sanierung „Alte Schule“ in Alzenau, Albstadt

Das ehemalige Herrenhaus im Dalbergschen Hofgut aus dem Jahr 1748 ist ein Zeugnis der Ortsgeschichte und prägt auch heute noch durch seine Kubatur in exponierter Lage neben der benachbarten Pfarrkirche das Ortsbild. 1860 gelangte das „Herrenhaus“ in den Besitz der Gemeinde Albstadt und wurde zunächst als Dorfschule genutzt, in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts war dort das Bürgermeisteramt der Gemeinde untergebracht. Durch einfühlsamen Umbau und Sanierung erhält das geschichtsträchtige Gebäude nun wieder seine alte Würde zurück und wird zum Bestandteil des öffentlichen Lebens im Ort.

Es entstanden neue Räumlichkeiten für Vereine im Obergeschoss und für Veranstaltungen mit einem großzügigen Saal im Erdgeschoss. Der Zugang zum Gebäude und Räume im Erdgeschoss werden weitgehend barrierefrei gestaltet und stehen in Zukunft allen Bewohnern des Stadtteils zur Verfügung. Ein dazugehöriger Garten und das gesamte Umfeld der „Alten Schule“ wurden in die Planung miteinbezogen, so dass eine angenehme Verflechtung der Außen- und Innenräume entsteht. Insgesamt konnte für die Maßnahme bei Gesamtkosten von gut 2 Mio. Euro und zuwendungsfähigen Kosten von 1 Mio. Euro ein Zuschuss von 600.000 Euro bewilligt werden.



Außenansicht vorher



nachher



Innenräume © Stadt Alzenau

Veranstaltungen / Öffentlichkeitsarbeit Städtebau

Das Sachgebiet „Städtebau“ sieht seine Aufgabe auch darin, eine breitere Öffentlichkeit über aktuelle Themen des Städtebaus zu informieren bzw. die Bürger darauf hin zu sensibilisieren. Hierzu gehört zum Beispiel die Organisation von Ausstellungen bzw. Tagungen, die Teilnahme an Diskussionen, das Halten von Vorträgen oder das Schreiben von bzw. die Zuarbeit für Artikel in Fachzeitschriften oder Tageszeitungen.

Statt erschließen: Lücken schließen

Flächenverbrauch: Siedlungen, Gewerbegebiete und Straßen versiegeln in Unterfranken immer mehr Land

WÜRZBURG. Engpass Freifläche: Immer mehr Land wird in Unterfranken durch neue Siedlungen, Gewerbegebiete und Straßen versiegelt. Was zulasten von Mensch und Tier geht. Deshalb gibt es für Manfred Grüner von der Regierung von Unterfranken in Würzburg nur eins: »Städte und Gemeinden müssen stärker auf Innenentwicklung setzen.«

Grüners Aufgabe: Er hilft den unterfränkischen Kommunen bei diesem nicht einfachen Vorhaben. Rund 18 Millionen Euro stehen ihm nächstes Jahr für Maßnahmen der Städtebauförderung zur Verfügung.

Würde der Trend zur Erschließung freier Flächen fortgesetzt, hätte dies negative Konsequenzen in ökologischer und ökonomischer Sicht, warnt

» Städte und Gemeinden sehen sich im Wettbewerb um junge Familien. «

Manfred Grüner, Städtebauförderer

Grüner. So werde der demografische Wandel dafür sorgen, dass die Folgekosten der neuen Siedlungsflächen immer schwerer zu finanzieren sein werden. Angesichts des erwarteten

chen zu sparen ein Stück ihrer Autonomie aufzugeben? Grüner sieht in Unterfranken Fortschritte, ohne euphorisch zu werden: »Noch kommt es zum Wetttrüsten.« Statt interkommunal zusammenzuarbeiten, werde »interkommunale Konkurrenz« gelebt: »Städte und Gemeinden sehen sich vor allem im Wettbewerb um junge Familien.« Vorschneidung würden günstige Baugebiete ausgewiesen.

Allianz im Wertal

Doch es gebe Ausnahmen. So setzten die Kreise Bad Kissingen und Schweinfurt ebenso wie die Interkommunale Allianz Oberes Wertal im Raum Schweinfurt früh auf die Flächenmanagement-Datenbank des bayerischen Umweltministeriums.

Hierbei handelt es sich um ein Instrument zur Erfassung aller Potenziale, die eine Gemeinde zur Innenentwicklung hat. Auf einen Blick ist damit zu sehen, wo es Baulücken gibt, wo Hofstellen nur noch teilweise genutzt werden oder ohne Nachfolge bleiben, wo Grundstücke nur geringfügig bebaut sind und Gebäude leer stehen. Standardisierte Fragebögen eruierten bei den Grundstückseigentümern, ob sie zum Verkauf bereit sind. Je nach Situation vor Ort unterstützen



Fingerzeig auf ein Flächenspar-Vorbild: Städtebauförderer Manfred Grüner.

Foto: Pat Christ

Zahlen und Fakten: Flächenverbrauch

Nach Angaben des bayerischen **Umweltministeriums** wurden im Freistaat in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich 17,5 Hektar Fläche am Tag verbraucht. Besonders sparsam ging die **Stadt Aschaffenburg** mit Fläche um. Hier wuchs die Siedlungs- und Verkehrsfläche zwischen

2000 und 2009 lediglich um 34 Hektar oder 1,5 Prozent. Zum Vergleich: Im Landkreis Ansbach bedeuten knapp 1700 Hektar Zunahme ein Plus von 8,2 Prozent. Die meisten Flächen werden in Bayern fürs **Wohnen** verbraucht, knapp 25 Prozent beansprucht der **Verkehr**. (pat)

Auszug Artikel Pat Christ in Main-Post Regionalteil Rhein-Main & Franken vom 31.12.2011

Öffentlichkeitsarbeit Städtebau Ausstellung im Regierungsfoyer Wettbewerb „Zukunft planen - Zukunft gestalten“

Vom 8. April bis 13. Mai 2011 war im Foyer der Regierung von Unterfranken die Ausstellung des Wettbewerbs „Zukunft planen - Zukunft gestalten“ zu sehen. Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern hatte im Jahr 2009 gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeinde- und Städtetag die Initiative „Zukunft planen - Zukunft gestalten“ ins Leben gerufen und hierzu einen Wettbewerb ausgelobt mit dem Ziel, innovative Projekte, Planungen, Initiativen und Ideen von Kommunen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Siedlungsstruktur zu entwickeln. Im Mittelpunkt standen dabei der demografische Wandel, die Energieeffizienz, der Klimaschutz, das Flächenmanagement sowie die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger und die interkommunale Zusammenarbeit.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs konnten nun im Rahmen der gleichnamigen Ausstellung präsentiert werden. Zu den bayernweit 9 Preisträgern zählten auch zwei Projekte aus Unterfranken: die Stadt Arnstein mit der Entwicklung im Stadtteil Binsfeld sowie die interkommunale Allianz Oberes Werntal mit ihrem Innenentwicklungskonzept. Herr Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer konnte zur Ausstellungseröffnung den anwesenden Projektverantwortlichen der unterfränkischen Preisträger, Frau Linda Plappert- Metz (Stadt Arnstein) und Herrn Arthur Arnold (Gemeinde Euerbach und Sprecher der Allianz Oberes Werntal) zu diesem Erfolg gratulieren.



Blick auf die Ausstellung im Regierungsfoyer, Bsp. Binsfeld und Impression von der Ausstellungseröffnung © RUF

Städtebauliche Wettbewerbe, Architektenwettbewerbe Förderung der Qualität des Planens und Bauens

Ein verantwortungsvoller und qualitätvoller Umgang unserer oft historisch geprägten öffentlichen Räume aber auch die Qualität der gebauten Umwelt ist für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung und wirkt für den Einzelnen Identität stiftend.

Der Architektenwettbewerb ist ein geeignetes Instrument um gerade diese Qualität des Planens und des Bauens zu fördern. Als fachlicher Leistungsvergleich können mit diesem Planungsinstrument Unternehmen, Privatpersonen, Investoren und Kommunen als Auslober mehrere Entwürfe erhalten. Für den Auftraggeber ist das Verfahren ein zeitsparendes Planungs- und Vergabeinstrument, zudem klar strukturiert und transparent. Der Architektenwettbewerb optimiert darüber hinaus das Verfahren zu kostengünstigem Bauen, denn im Schnitt verringern sich die ursprünglich angenommenen Baukosten eines Projekts um bis zu 10%, wenn im Vorfeld ein Wettbewerb stattgefunden hat.

Das Wettbewerbsverfahren eignet sich sowohl für Gebäudeplanungen, Landschaftsplanungen, städtebauliche Projekte, Innenraumgestaltungen, aber auch für kleinere Baumaßnahmen und für das Bauen im Bestand im Besonderen. In einem solchen Verfahren können optimale Lösungen für die jeweilige Bauaufgabe gefunden werden. Von einem unabhängigen Preisgericht, in einem objektiven, demokratischen Verfahren werden die besten Arbeiten ausgewählt, denn hier finden gestalterische, wirtschaftliche, funktionale, technische und ökologische Aspekte gleichermaßen Berücksichtigung.

In der Regel ist nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe zu verfahren, den so genannten „RPW 2008“, zusätzlich ist das Verfahren zusätzlich mit der Bayerischen Architektenkammer abzustimmen. In der RPW 2008 sind dann die entsprechenden Verfahrensarten wie der Offene Wettbewerb, der Offene zweiphasige Wettbewerb und der nichtoffene Wettbewerb für die Durchführung genannt. Diese Verfahrensarten können aber auch kombiniert werden.

Weitere Informationen können unter folgendem Link abgerufen werden:

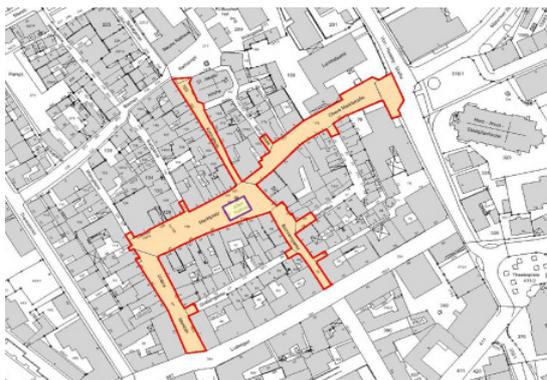
<http://www.byak.de/start/informationen-fuer-bauherren/vergabe-und-wettbewerb>

Städtebauliche Wettbewerbe Stadt Bad Kissingen - Neugestaltung der Fußgängerzone „Neue Altstadt“

Ziel des Wettbewerbes war, die Aufenthaltsqualität und die Gestaltqualität der Bad Kissinger Fußgängerzone rund um den Marktplatz nachhaltig zu verbessern.

Der Wettbewerb wurde nach den Richtlinien der RPW ausgelobt. Als Wettbewerbsieger ging das Würzburger Büro für Städtebau und Architektur Dr. Hartmut Holl hervor. Mit diesem Entwurf ist es gelungen ein innovatives Konzept zu finden, das die bestehende Situation bei gleichzeitigem respektvollem Umgang mit der historischen Bausubstanz neu interpretiert. Der geplante öffentliche Raum kann auch unter Einbeziehung der Erdgeschosszone des historischen Rathauses in Zukunft den verschiedenen Nutzeransprüchen gerecht werden. Er wird durch die Neugestaltung in unsere heutige Zeit transformiert und erhält eine hochwertige Gestaltung, die Identität schafft.

Von den Gesamtkosten i. d. H. von 120.000 Euro konnten zuwendungsfähige Kosten von 104.900 Euro anerkannt und ein Zuschuss von 63.000 Euro bewilligt werden.



Lageplan Wettbewerbsumgriff



1. Preis: Büro für Städtebau und Architektur Dr. Hartmut Holl

Veranstaltungen Städtebau Fortbildungsseminar der Obersten Baubehörde im Bereich Baurecht und Städtebau im Juli in Würzburg

Das jährlich stattfindende, dreitägige Fortbildungsseminar „Baurecht und Städtebau“ der Obersten Baubehörde wurde im Jahr 2011 mit der Regierung von Unterfranken in Würzburg organisiert. Die Themen des Seminars waren breit gefächert: Von aktuellen Themen im Städtebau wie die Novellierung des BauGB, der BauNVO, die Neuaufstellung des LEP, über die Reform der Landesplanung und Fragen zur BayBO bis hin zu Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels am Beispiel Binsfeld konnten verschiedene Referenten aktuell berichten. Vorgestellt wurde auch das Projekt „Wirtschaftsband A9“ in der Fränkischen Schweiz.

Am zweiten Tag führte eine Exkursion zu folgenden Besichtigungszielen: Die Erweiterung der Universität Würzburg auf dem Konversionsgelände der ehem. Leighton Barracks sowie das Gelände der kleinen Landesgartenschau „Natur in der Stadt“ in Kitzingen. Hier war deutlich die Entwicklung der Stadt Kitzingen „Von der Garnisonsstadt zur Innovationsstadt“ zu erkennen. Zum Tagesabschluss wurde die historische Altstadt von Dettelbach besichtigt. Dort konnten sich die Teilnehmer vom gelungenen Neubau des Kunst und Kulturzentrums „KuK“ im historischen Stadtgefüge überzeugen.

Als Tagungsort diente das unmittelbar am Dom gelegene „St. Burkardus- Haus“, in dem die Seminarteilnehmer auch untergebracht waren.



Auszug Vortrag demografischer Wandel, H. F.-J. Sauer



Gartenschau Kitzingen, © arc grün Thomas Wirth

40-jähriges Jubiläum der Städtebauförderung

Als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen leistet die Städtebauförderung seit nun 40 Jahren einen wichtigen Beitrag zur städtebaulichen Erneuerung unserer bayerischen Städte und Gemeinden. Im Oktober 2011 konnte das Jubiläum mit einer Fachtagung in Regensburg gefeiert werden.

Innerhalb dieser 40 Jahre sind viele hervorragende Projekte entstanden, die exemplarisch unter verschiedenen Themenschwerpunkten in einer Ausstellung und einer begleitenden Broschüre dokumentiert sind. Hierzu zählen auch unterfränkische Beispiele aus Würzburg, Schweinfurt, Burkardroth, Bürgstadt, Sulzfeld, Iphofen und Binsfeld.

Bemerkenswert:

In den Jahren 1971 – 2011 flossen allein nach Unterfranken Städtebauförderungsmittel in Höhe von ca. 468 Mio. €.



Städtebauförderungs-Programme 2011

Die Städtebauförderung, die von unserem Sachgebiet „Städtebau“ in der Regierung von Unterfranken abgewickelt wird, ist ein Instrument, das Kommunen bei den Bemühungen um ihre Stadt- und Ortssanierung unterstützt. Die Nachhaltigkeit einer städtebaulichen bzw. baulichen Maßnahme, ist dabei zu einem wichtigen Auswahlkriterium für Projekte der Städtebauförderung geworden. Flächenrecycling und Gebäudeumnutzungen und auch die Daseinsvorsorge, gerade in interkommunaler Zusammenarbeit, spielen dabei eine immer wichtigere Rolle.

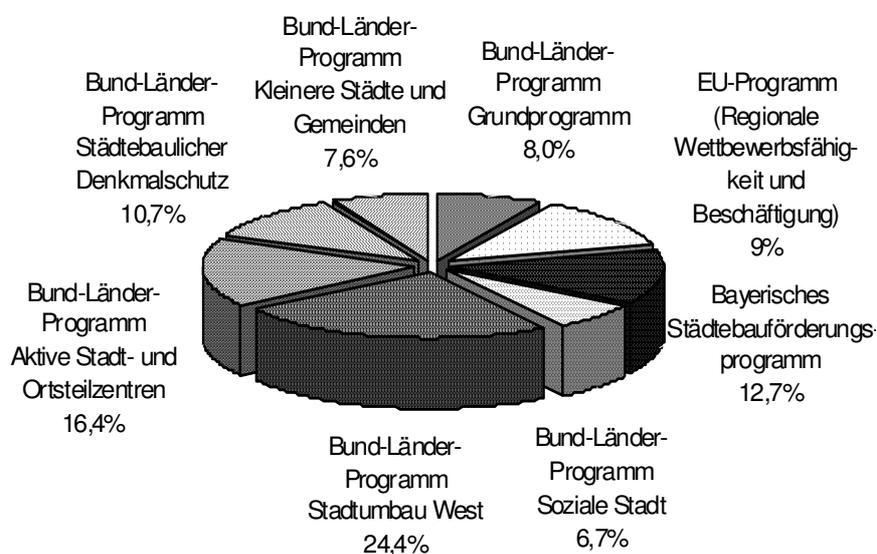
Mit Hilfe der nunmehr sechs Bund-Länder-Städtebauförderungsprogrammen konnten gemeinsam mit den EFRE-Mitteln aus der EU-Strukturfondsförderperiode 2007 – 2013 und dem landeseigenen Bayerischen Städtebauförderungsprogramm im Jahr 2011 innerhalb des Regierungsbezirkes Unterfranken 183 Projekte in 79 Gemeinden (davon 142 neue Projekte) mit Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes in Höhe von ca. 14,976 Mio. € gefördert werden.

182 Verwendungsnachweise wurden geprüft. Die Abrechnungssumme bei den Gesamtabrechnungen konnte 2011 leider nicht gesteigert werden. Damit bewegt sich die Abrechnungsquote bei 70,2 % der in Unterfranken bis zum Haushaltsjahr 2006 ausgegebenen Städtebauförderungsmittel.

Jahr	EU / Bund – Mittel	Landesmittel	Kommunale Mittel	Förderfähige Kosten
2008	6.833.000 €	12.839.000 €	13.057.000 €	32.729.000 €
2009	10.100.400 €	9.122.700 €	12.125.800 €	31.348.900 €
2010	8.416.500 €	9.549.200 €	11.298.300 €	29.264.000 €
2011	6.833.000 €	8.143.000 €	8.894.000 €	23.870.000 €

Fachinformationen zur Städtebauförderung in Bayern: <http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/>

Förderübersicht Städtebauförderung Unterfranken Programmjahr 2011



Bayerisches Städtebauförderungsprogramm	1.901.000 €
Bund-Länder-Programm – Grundprogramm	1.200.000 €
Bund-Länder-Programm - Soziale Stadt	1.000.000 €
Bund-Länder-Programm - Stadtumbau West	3.651.000 €
Bund-Länder-Programm – Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	2.450.000 €
Bund-Länder-Programm – Städtebaulicher Denkmalschutz	1.608.000 €
Bund-Länder-Programm – Kleinere Städte und Gemeinden	1.136.000 €
EU-Programm Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	<u>2.030.000 €</u>

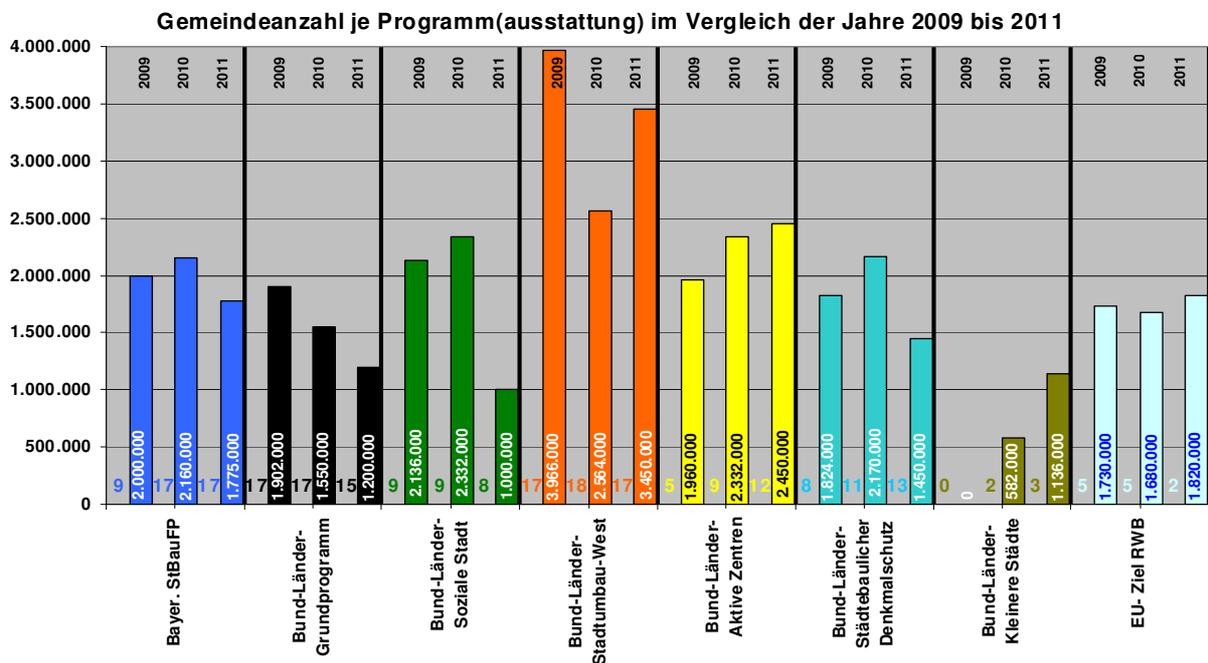
Gesamtfördervolumen 2011

14.976.000 €
(ohne Anteil kommunaler Mittel)

Förderübersicht Städtebauförderung Unterfranken Programmjahr 2011 Entwicklung Anzahl Kommunen / Finanzausstattung in den Programmen

Die Aufsplitterung der Förderprogramme zur zielgerichteten Unterstützung der Kommunen ist nicht immer hilfreich und wird seitens des Landes Bayern gegenüber dem Bund seit Jahren so auch kritisiert. Wie der unten dargestellten Grafik zu entnehmen, schwankt zudem die Finanzausstattung in den einzelnen Programmen von Jahr zu Jahr oft erheblich, was ebenfalls zu Problemen bei der Förderung führt.

Unabhängig davon sieht das Sachgebiet „Städtebau“ der Regierung von Unterfranken es als seine Aufgabe an, die Kommunen im Sinne einer „Förderagentur“ innerhalb dieser Förderprogrammauswahl zu beraten und ggf. auch zu Programmwechseln zu ermutigen, um eine möglichst konstante Fortführung von Maßnahmen der Sanierung weiterhin sichern zu können.



Ablaufplanung Bedarfsmitteilung / Zuwendungsantrag

Die Politik fordert von der Verwaltung und den Kommunen den zielgerichteten und zeitnahen, konjunkturwirksamen Einsatz der vom Bundes- bzw. Landtag zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel, sprich unserer Steuergelder. Um den effektiven Einsatz der Städtebauförderungsmittel in Unterfranken gewährleisten zu können, wurde, wie in der Grafik dargestellt, eine Ablaufplanung zwischen den Kommunen und der Förderstelle vereinbart, die feste Terminsetzungen vorsieht.

Wichtig hierbei ist, dass bei den jährlichen Bedarfsmitteilungen nur realistische Projekte angemeldet werden, die auch in dem nächsten Jahr umgesetzt werden können. Dies ist notwendig, um nicht weitere Bewilligungs- bzw. Auszahlungsreste anzuhäufen, die für die Politik wiederum den Rückschluss zulassen könnten, dass die Fördermittel überhaupt nicht gebraucht werden.

Juli	Vorbesprechung Bedarfsmitteilung RUF mit Kommunen / Präsentation realistischer Projekte	
August		Zügige Projektentwicklung der vorbesprochenen Maßnahme(n)
September		realistische Bedarfsmitteilung mit aussagekräftiger Begleitinformation
Oktober	1. November = späteste Abgabe Bedarfsmitteilung	
November	„baureife“ Maßnahmen, konkrete Pläne mit Kostenschätzung und Projektablaufstruktur	
Dezember	R E G I E R U N G V U F R	Aufstellung Jahresprogramm
		Projektauswahl nach „Ranking“
Januar		Meldung an die OBB
		Benachrichtigung der Kommune
Februar		Prüfung vorliegender Zuwendungsanträge
März		ggf. Zustimmung zum Maßnahmebeginn
April		Zügige Vorlage des vollständigen Zuwendungsantrags auf Grundlage der Formblätter und Checklisten mit Gemeinde-/ Stadtratsbeschluss
Februar		Ausführungsplanung / Vorbereitung der Ausschreibung
März		Möglicher Baubeginn
April		
Mai		
Juni		
	Städtebauförderungstagung = Monitoring	
	1. Juli = späteste Vorlage Zuwendungsantrag	

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm - Einzelvorhaben Stadt Nordheim vor der Rhön - Kommunikationszentrum

Beim Rathaus der Stadt Nordheim vor der Rhön handelt es sich um ein prägnantes, denkmalgeschütztes Fachwerkgebäude aus dem 17. Jahrhundert. Das Ortsbild prägende Gebäude bildet den Mittelpunkt der Gemeinde und wird derzeit mit Unterstützung durch die Städtebauförderung saniert und zu einem Treffpunkt für jung und alt umgestaltet.

Mit dieser Maßnahme wird versucht, einen nachhaltigen Beitrag zur Bewahrung der Attraktivität und Vitalität des Altortes zu leisten und so dem sozialen, demographischen und wirtschaftlichen Wandel zu begegnen.

Bei förderfähigen Kosten von 630.000 Euro konnten aufgrund eines erhöhten Fördersatz von 80% aus dem Sonderkontingent "Aufbruch Bayern" Zuwendungen von 504.000 EUR bewilligt werden. Hierin waren 20 % zusätzliche Landesmittel aus dem Struktur- und Härtefonds 2010 enthalten.



Fotos vorher



während der Bauphase © Gemeinde Nordheim v.d.R.

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm Ebenhausen - Abschluss der Gesamtmaßnahme; Sanierung Alte Schule

Ebenhausen kann auf eine lange und bedeutungsvolle Geschichte zurückblicken. Die „Häuser des Ebo“ wurden bereits 788 erstmalig erwähnt. Funde im Raum Ebenhausen gehen auf das Jahr 8.000 v. Chr. zurück. 1353 fiel der Ort an das Hochstift Würzburg und erhielt Stadtrechte. Von der Bedeutung zeugen auch heute noch viele bauliche Anlagen. Dieses Potential zu erhalten, weiter zu entwickeln und attraktiver zu gestalten war ein wichtiges Ziel der Sanierung.

Die umfangreichen Altortssanierung als sogenannte „Gesamtmaßnahme“ konnte nun mit der Sanierung der unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Schule, dem „Peterhanshaus“ nach 15 Jahren erfolgreich abgeschlossen und damit auch das Kulturangebot in direkter Nähe zum Heimatmuseum erweitert werden. Das dort installierte „John Bauer Museum“ hat seinen Namen dem schwedischen Märchenmaler zu verdanken, einem bedeutenden Sohn des Ortes. Die sanierten Räume tragen Inhalte seiner Tätigkeit und entführen die Besucher aller Altersklassen in die Welt der Trolle.

Insgesamt konnten für Ebenhausen in diesen 15 Jahren 2 Mio. Euro als förderfähig anerkannt und ein Zuschuss von ca.1,2 Mio. Euro gewährt werden. Zusätzlich wurden Mittel aus dem Bereich der Denkmalpflege bereit gestellt.



Sanierung Hennebergstraße



Sanierung Alte Schule vorher



nachher

© Gemeinde Ebenhausen

Bund - Länder - Städtebauförderungs - (Grund)- Programm

Der Bund hat seit Jahren angekündigt, wegen der Etablierung neuer Programme mit speziellen Handlungsschwerpunkten, das Bund-Länder-Grundprogramm auslaufen zu lassen und kürzt hierfür in jedem Jahr den Haushaltsmittelansatz. Neuaufnahmen in diesem Programm sind daher ausgeschlossen, die Fördermittel überwiegend zur Restabwicklung kommunaler Programme bzw. Sanierungsberatungen einzusetzen.

Kommunen die bisher im Bund-Länder-Grundprogramm gefördert wurden und weiterhin in der Städtebauförderung aktiv sein wollen, wurde und wird geraten, entsprechende Grundlagen für einen Programmwechsel vorzubereiten, um z.B. über die Erarbeitung eines Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes, hierfür die notwendigen Grundlagen zu schaffen.

Wie die Beispiele aus Ochsenfurt und Karlstadt zeigen, wurden die unten dargestellten Maßnahmen noch im Bund-Länder-Grundprogramm gefördert, die Kommunen zwischenzeitlich aber in das Bund-Länderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ übernommen.



Innenstadt Ochsenfurt

© RUF



Kirchenumfeld © Stadt Karlstadt

Bund - Länder - Städtebauförderungsprogramm II - Soziale Stadt Stadt Röttingen - Burg Brattenstein

Untersuchungen in der Altstadt zeigten, dass überwiegend durch Abwanderung in der Zeit von 1990 bis 2006 die Bevölkerung um ca. 21 % abnahm und bei deutlicher Überalterung bereits ein Leerstand bei 13 % der Hauptgebäude in der Altstadt zu verzeichnen war. Aus diesem Grund konnte Röttingen im Jahr 2008 in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen werden.

Aus den Diskussionen entstand das Projekt, die Zehntscheune der Burg Brattenstein als „Haus der Generationen“ zu einem Ort der Begegnung umzugestalten. Die Räumlichkeiten des Erdgeschosses werden nun für handwerkliche Aktivitäten zur Verfügung gestellt. Das barrierefrei erschlossene 1. OG soll schwerpunktmäßig von Senioren genutzt werden. Mit der Einrichtung eines Internetaumes für Jung und Alt wird die Chance zur Aufnahme generationsübergreifender Kontakte geschaffen. Das 2. OG soll kann unter weitest gehender Selbstorganisation von Jugendlichen als Treff- und Aktionsraum genutzt werden.

Von den Gesamtkosten von 1.360.000 EUR konnten Zuwendungen in Höhe von 791.200 EUR bewilligt werden. Die Maßnahme wurde am 1.10.2011 im Rahmen einer Feier übergeben.

Nach 734 Tagen Bauzeit: Zehntscheune wird am heutigen Samstag ihrer Bestimmung übergeben

„Im Inneren ist das Gebäude nicht mehr wiederzuerkennen“

RÖTTINGEN. Nach 734 Tagen Bauzeit haben am heutigen Samstag in Röttingen die Feiern zur Übergabe der Zehntscheune der Burg Brattenstein stattgefunden. Die Zehntscheune ist ein historisches Gebäude, das im Jahr 1817 erbaut wurde. Es wurde im Jahr 2008 als „Haus der Generationen“ umgestaltet. Die Zehntscheune ist ein historisches Gebäude, das im Jahr 1817 erbaut wurde. Es wurde im Jahr 2008 als „Haus der Generationen“ umgestaltet. Die Zehntscheune ist ein historisches Gebäude, das im Jahr 1817 erbaut wurde. Es wurde im Jahr 2008 als „Haus der Generationen“ umgestaltet.



Nach 734 Tagen Bauzeit wird die Zehntscheune am heutigen Samstag ihrer Bestimmung übergeben.



Das Innere des Gebäudes ist modernisiert und bietet eine angenehme Atmosphäre. Die Zehntscheune ist ein historisches Gebäude, das im Jahr 1817 erbaut wurde. Es wurde im Jahr 2008 als „Haus der Generationen“ umgestaltet. Die Zehntscheune ist ein historisches Gebäude, das im Jahr 1817 erbaut wurde. Es wurde im Jahr 2008 als „Haus der Generationen“ umgestaltet.

Grund der Freude: Fertigstellung und Übergabe der Zehntscheune in das „Haus der Generationen“ gefeiert

Mehr als ein Dach über dem Kopf

RÖTTINGEN. Mit rund 60 Festlichen, Bürgerpartizipations- und öffentlichen Lebens, Stadtfestbegleitet, um das barocke Haus der Zehntscheune in Röttingen zu feiern. Die Zehntscheune ist ein historisches Gebäude, das im Jahr 1817 erbaut wurde. Es wurde im Jahr 2008 als „Haus der Generationen“ umgestaltet. Die Zehntscheune ist ein historisches Gebäude, das im Jahr 1817 erbaut wurde. Es wurde im Jahr 2008 als „Haus der Generationen“ umgestaltet.



Die Zehntscheune wird am heutigen Samstag ihrer Bestimmung übergeben.

Zeitungsartikel FN vom 1.10.2011 bzw. 4.10.2011

Bund - Länder - Städtebauförderungsprogramm II - Soziale Stadt Stadt Röttingen - Naherholungszone

Bedingt durch den Demografischen Wandel sowie die damit verbundene Überalterung und Leerstandsproblematik im historischen Altstadtbereich steht Röttingen vor großen Herausforderungen.

Im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes wurde ein Defizit an attraktiven innerörtlichen Grün- und Freiflächen festgestellt. Als Ausgleich dafür wurde u.a. die Umgestaltung des Mühlbachvorlandes vorgeschlagen. An der Planung haben Bürger, Jugendliche und Kinder in 2 Workshops mitgearbeitet.

Es wurde für die Altstadtbewohner und Besucher ein attraktiver ortsnaher Aufenthalts-, Erholungs- und Spielbereich für alle Altersgruppen geschaffen in dem das Element Wasser und Bach deutlich erlebbar ist. Die Gesamtkosten i. H. von 297.000 Euro konnten fast vollständig als zuwendungsfähig anerkannt werden und bei einem Fördersatz von 60% der Stadt 178.200 Euro an Zuwendungen bewilligt werden. Die Maßnahme wurde im Rahmen einer Feierstunde am 15.09.2011 übergeben.



Fertig gestellte Maßnahme



© Büro arc grün

Soziale Stadt Stadt Kitzingen - Kleistplatz

Die Stadt Kitzingen wurde mit dem Stadtteil Siedlung im Jahr 2009 in das Bund Länder Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt aufgenommen.

Die Neugestaltung des Kleistplatzes ist im Integrierten Handlungskonzept als wichtiges Impulsprojekt für die Siedlung dargestellt und soll in seiner neuen Gestaltung ein Mehrgenerationenplatz werden der für alle Generationen einen einladenden und attraktiven Treffpunkt darstellt und Freizeit-, Spiel-, Fitness- und Bewegungsangebote für alle Altersgruppen bietet. Die Bürger konnten in zwei Arbeitskreisen ihre Ideen und Anregungen zur diesem Impulsprojekt für die Siedlung einbringen. Ein wesentlicher Grundzug des Programms Soziale Stadt, nämlich die am Ort vorhandenen Potenziale zu aktivieren und alle Bewohnergruppen in die lokalen Projekte, Planungsprozesse und Entscheidungen einzubinden, ist hier vorbildlich umgesetzt worden.

Die angemeldeten Gesamtkosten des Projektes betragen 349.300 Euro. Bei zuwendungsfähigen Kosten von 343.100 Euro wurden der Stadt bei einem Fördersatz von 60% Zuwendungen in Höhe von 205.600 Euro bewilligt. Die Maßnahme wurde am 19.11.2011 feierlich übergeben.



Nach der Umgestaltung

© Büro Müller - Maatsch

**Bund - Länder - Städtebauförderungsprogramm II - Soziale Stadt
Modellvorhaben Kooperationen - 3. Phase
Stadt Aschaffenburg – Quartiers - und Familienzentrum „Hefner Alteneck“**

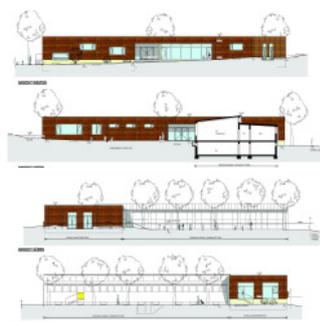
Die Stadt Aschaffenburg wurde in einer dritten und vorerst letzten Phase im Hefner-Alteneck- Viertel für ein Modellvorhaben im Rahmen der „Sozialen Stadt“ ausgewählt. Durch einen Erweiterungsbau am bestehenden Kindergarten wird hier eine beispielhafte Einrichtung geschaffen, die die Themenfelder Bildung, Betreuung, Erziehung und das Zusammenleben im Quartier kompetent unterstützt und Sitz des zukünftigen Quartiersmanagements sein wird.

Die Stadt Aschaffenburg arbeitet bei diesem Modellvorhaben eng in Kooperation mit der Stadtbau Aschaffenburg GmbH und der Katholischen Kirchenstiftung St. Gertrud, denn das Modellvorhaben erlaubt es der Stadt, Partner zu suchen, die einen eigenen Anteil in Form von Eigenleistung und Finanzmitteln in das Modellprojekt einbringen. Dadurch kann der in der Städtebauförderung übliche kommunale Eigenanteil von 40% reduziert werden. Ziel ist es, mit dieser Maßnahme die Integration der Quartiersbewohner zu verbessern und die Kommunikation auch durch Angebote für Familien zu fördern, Projekte für sozial benachteiligte Menschen anzubieten und die Lebensqualität der Stadtteilbewohner zu verbessern.

Insgesamt konnte für die Maßnahme bei Gesamtkosten von rd. 1,5 Mio. Euro und zuwendungsfähigen Kosten von 700.000 Euro ein Zuschuss von 420.000 Euro bewilligt werden.



Luftbild © BY Vermessungsverwaltung



Planung



Modell © Stadt Aschaffenburg

Soziale Stadt

8. Quartiers - Manager Treffen in Binsfeld am 11.11.2011

Nicht nur das Datum des achten Treffens der Quartiers- und Projektmanager war markant, auch das Schwerpunktthema „Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum“ des herbstlichen Erfahrungsaustauschs steht derzeit besonders im Fokus. Die Treffen in den Programmgebieten in Unterfranken bieten die Möglichkeit Problemstellungen bzw. Lösungsansätze bei der Umsetzung vor Ort offen zu diskutieren und die jeweiligen Strategien der Quartiere aus direkter Nähe kennen zu lernen.

Denn die „Soziale Stadt“ ist nach wie vor eine Querschnittsaufgabe mit deutlich erweiterten Handlungsfeldern. Beschäftigung, Soziales und Ökologie steht gleichberechtigt neben baulich- städtebaulichen Aufgaben. Es hat sich gezeigt, dass gerade dieser globale Handlungsansatz auch im Umgang mit Auswirkungen des demografischen Wandels sehr hilfreich ist.

Insgesamt sind in Unterfranken derzeit 11 Quartiere im Bundesländer- Programm der „Sozialen Stadt“ aufgenommen.

Das achte Treffen der Quartiers- und Projektmanager stieß wie auch die 7 Vorgängertreffen wieder auf sehr großer Resonanz aus den Quartieren, so dass dieser Erfahrungsaustausch weiterhin in regelmäßigen, halbjährlichen Abständen in einem der unterfränkischen Programmgebiete fortgeführt werden soll. Das nächste Treffen im Sommer 2012 ist in Gerolzhofen geplant.



Quartiers und Projektmanager vor dem Sozialen Bürgerhaus in Binsfeld. Foto: Berichterstatter Stadt Arnstein

Bund - Länder - Städtebauförderungsprogramm III - Stadtumbau West Stadt Ebern - Modernisierung „Schuhmacherhaus“ (Ritter- von- Schmitt- Str. 8)

Bei der Fördermaßnahme handelt es sich um die Sanierung des denkmalgeschützten Anwesens „Ritter- von- Schmitt- Straße 8“, das aufgrund seiner ehemaligen Nutzung allgemein als „Schuhmacherhaus“ bekannt ist. Das im nordwestlichen Randbereich des Altstadtgürtels der Stadt Ebern gelegene ehemalige ackerbürgerliche Anwesen wurde um 1700 errichtet und bildet heute den nördlichen Abschluss der westlichen Marktplatzeile.

Die Stadt Ebern hatte das Anwesen erworben, um es vor dem Verfall zu retten und darin öffentliche Funktionen wie eine Touristeninfo und ein Reisebüro sowie im Obergeschoss eine Musikschule unterzubringen. Überdies ist es nun möglich, über das Grundstück den neu geschaffenen Parkplatz „Eiswiesen“ mit der Altstadt fußläufig zu verbinden.

Bei beantragten Gesamtkosten von 853.500 Euro konnten im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms „Stadtumbau West“ 370.000 Euro als förderfähig anerkannt und bei einem Fördersatz von 60% ein Zuschuss in Höhe von 222.000 Euro gewährt werden. Nach rund dreijähriger Bauzeit erfolgte die feierliche Einweihung im Juni 2011.



Fotos vor



nach der Umgestaltung



© Architekt Jürgen Bergmann, Hofheim

Stadtumbau West Stadt Kitzingen - Umgestaltung der Mainpromenade

Parallel zur Bewältigung der Konversionsproblematik innerhalb der freigewordenen ehemaligen Militärf lächen stellt die Stärkung der Innenstadt einen weiteren Schwerpunkt des Stadtumbaus von Kitzingen dar. Auf Grundlage des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes und einem Architektenworkshop gemeinsam mit Mitgliedern des Stadtrats, entwickelte sich ein Neugestaltungskonzept für die Mainpromenade. Ziel war, den bislang überwiegend als Parkplatz genutzten Freiraum aufzuwerten, die Altstadt zum Main hin wieder zu öffnen und den Bereich als attraktiven Anziehungspunkt für Anwohner und Touristen im Sinne eines Naherholungsraumes zu stärken.

Rechtzeitig zur Eröffnung der „Kleinen Gartenschau Natur in Kitzingen 2011“ konnte die Fördermaßnahme „Neugestaltung der Mainuferpromenade“ fertig gestellt werden und bildet nun ein einladendes Entree zur Altstadt.

Die Gesamtmaßnahme konnte im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau West“ mit rund 1.100.000 € finanziell unterstützt werden.



Fotos nach der Umgestaltung

© Büro arc grün

**Bund - Länder - Städtebauförderungsprogramm IV
Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
Kleinwallstadt - Umbau und Sanierung der Zehntscheune**

Das Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm IV „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zielt auf den Erhalt und die Weiterentwicklung zentraler innerörtlicher Versorgungsbereiche als Standorte für Wirtschaft, Kultur, Wohnen, Arbeiten und Leben. Die Fördermittel sind dabei für Investitionen zur Profilierung und Standortaufwertung von Ortszentren, innerstädtischen Quartieren und Stadtteilzentren bestimmt. Ziel ist es, von Funktionsverlusten insbesondere gewerblichen Leerständen betroffene zentrale Versorgungsbereiche im Rahmen einer städtebaulichen Gesamtmaßnahme nachhaltig zu stärken.

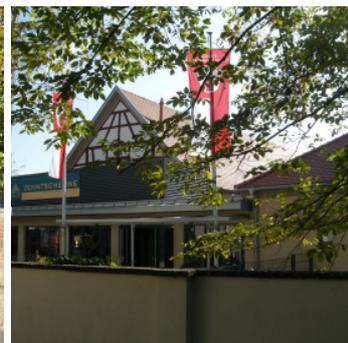
Mit dem Umbau und der Sanierung des historischen „Zehnthofs“ wurde ein erster Bauabschnitt auf Grundlage des städtebaulichen Rahmenplans „Wallstädter Höfe“ zur Aufwertung der Ortsmitte realisiert. Das Gebäude grenzt direkt an die ehemalige Ortsmauer an und steht nun als Zentrum für die Bereiche Kultur und Soziales der Öffentlichkeit zur Verfügung. Durch die Baumaßnahme wird die historisch gewachsene Ortsmitte erheblich aufgewertet und die Aufenthaltsqualität gesteigert. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 1,5 Mio. Euro. Bei zuwendungsfähigen Kosten i. H. v. 1,3 Mio. Euro konnte ein Zuschuss von 780.000 Euro bewilligt werden.



Bauphase



kurz vor Fertigstellung

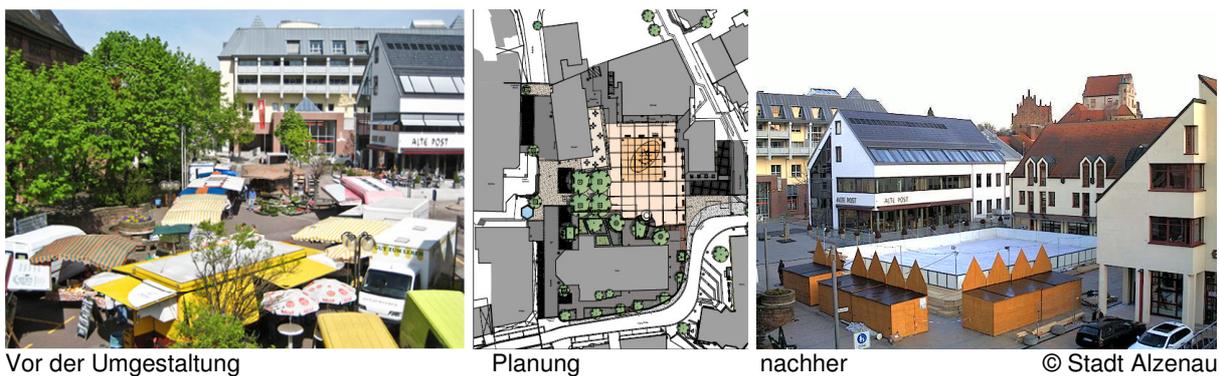


© Markt Kleinwallstadt

Aktive Stadt - und Ortsteilzentren Stadt Alzenau - Marktplatz Neugestaltung und Aufwertung

Die Stadt Alzenau wurde im Jahr 2010 in das Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt und Ortsteilzentren“ aufgenommen. Aufbauend auf den Vorbereitenden Untersuchungen wird mit der Erstellung des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes an der Verbesserung der baulich- städtebaulichen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen der Stadt gearbeitet. Ein besonderer Fokus liegt hier auf der ökonomischen Entwicklung der Stadt für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Gesamtstadt. Es werden Grundlagen ermittelt, aus denen Ziele und Maßnahmen für die Stadterneuerung hervorgehen.

Eines der Ziele ist die Aufwertung und Neugestaltung des öffentlichen Raums im Bereich der Innenstadt zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt. Für den städtischen Marktplatz in der Altstadt wurde ein Konzept zur Neugestaltung entwickelt, um der historischen und stadträumlichen Prägung des Ortes, aber auch den Anforderungen an Aufenthaltsqualität und Funktionalität gerecht zu werden. Es entstand ein attraktiver Platz mit einer besonderen Gestaltung unter Einbeziehung des Kirenumfelds. Bei förderfähigen Kosten von 748.000 Euro konnte ein Zuschuss von 448.800 Euro bewilligt werden.



Bund - Länder - Städtebauförderungsprogramm V
Städtebaulicher Denkmalschutz
Stadt Ochsenfurt - Alte Mainbrücke

Die Baugeschichte der Alten Mainbrücke geht bis ins 13. Jahrhundert zurück. Die Bogenkonstruktion wurde im 16. Jahrhundert nach den damals bekannten „Konstruktionsregeln für Fußgänger-, Reiter- und Lastkarrenverkehr“ entworfen. 1945 wurde der Bogen 6 gesprengt. Bis 1954 wurde der Verkehr der Bundesstraße über die Alte Mainbrücke geführt. Aufgrund des Ausbaues des Mains zur Schifffahrtsstraße wurde 1957 eine Spannbetonkonstruktion als Ersatz für die Bogen 5 - 7 eingebaut. Aufgrund erheblicher Schäden erfolgte 2007 der Rückbau des Spannbetonträgers. Damit wurde eine wichtige innerstädtische Verbindung über den Main unterbrochen.

Nach eingehenden Diskussionen (auch über einen kompletten Abriss, Wiederaufbau nach historischem Vorbild und Fahrbahnverbreiterung), hat sich die Stadt für die Sanierung und den Wiederaufbau mit einer Betonbrücke im Mittelteil entschieden

Bei Gesamtkosten von 8.255.000 Euro und zuwendungsfähigen Kosten von 833.000 Euro konnte ein Zuschuss von 665.800 Euro unter Nutzung des „Struktur- und Härtefonds (80%)“ in Aussicht gestellt werden. Nach Baubeginn im Frühjahr 2010 wurde am 09.09.2011 das Richtfest gefeiert und die Brücke am 05.01.2012 für den Fußgängerverkehr freigegeben



Fotos während der Baumaßnahme

© Scheder

**Bund - Länder - Städtebauförderungsprogramm VI
Kleinere Städte und Gemeinden
Stadt Bischofsheim - öffentliche Grünanlage „Ehemalige Hammermühle“**

Die Stadt Bischofsheim als Leitkommune der „Kreuzbergallianz“ wurde in diesem Jahr in das neue Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ aufgenommen.

Nach Abbruch bestehender Bausubstanz setzt die Stadt mit der Neugestaltung der öffentlichen Grünanlage „Ehemalige Hammermühle“ im direkten Umfeld eines neu geplanten Pflegeheims nicht nur ihre städtebauliche Zielsetzung fort, einen zusammenhängenden Grüngürtel um die Altstadt entstehen zu lassen, sondern trägt damit auch langfristig dazu bei, die Aufenthaltsqualität in diesem bisher brachliegenden Bereich nachhaltig zu verbessern.

So wird ganz im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge die Lebensqualität in der Stadt und der Region nachhaltig verbessert.

Bei beantragten Gesamtkosten von 500.000 Euro konnten für die Neugestaltung der öffentlichen Grünanlage „Ehemalige Hammermühle“ 462.600 Euro als förderfähig und bei einem Fördersatz von 60% ein Zuschuss in Höhe von 277.600 Euro bewilligt werden.



Fotos vorher / derzeit © Stadt Bischofsheim,

Gestaltungsplanung Grünanlage © Büro arc grün

EFRE-Programm - Förderperiode 2007 - 2013 Stadt Miltenberg - Sanierung der Mildenburg

Neben einem umfassenden, historisch bedeutenden Gebäudebestand mit einer Vielzahl an Denkmälern in der historischen Innenstadt, verfügt die Stadt Miltenberg auch über ein Baudenkmal von überregionaler Bedeutung. Die Mildenburg erhebt sich über der historisch gewachsene Struktur der Altstadt, bildet mit ihr ein Ensemble und ist gleichzeitig ein markanter Eingang in die Waldgebiete des Odenwalds. Seit 1979 im Besitz der Stadt Miltenberg, konnte die Burganlage nach vielen Jahren des Leerstands nun wieder einer Nutzung zugeführt werden.

Durch die Sanierung und Umnutzung der Mildenburg zum Zweigmuseum der Diözese Würzburg, in dem sich klassische Ikonen und moderne Kunst präsentieren, wird insgesamt eine nachhaltige Aufwertung erreicht und die Anziehungskraft der Stadt auch für den weiteren Ausbau von Tourismus und Naherholung gestärkt.

Die Finanzierung des Projekts konnte durch EU- Finanzmittel (Prioritätsachse 3 „Nachhaltige Stadtentwicklung“ im Bereich „Bewahrung und Erschließung des historischen, kulturellen und natürlichen Erbes“) und ergänzende Landesmittel im Rahmen der Städtebauförderung gesichert werden.

Bei förderfähigen Kosten i. H. v. 2 Mio. Euro konnte so ein Zuschuss von 1,2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.



Blick vom Main



Innenraum nach Renovierung



Burg und Stadt © Stadt Miltenberg

Umsetzung des Konjunkturpaket II Sondermaßnahmen der Städtebauförderung

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes wurden im Jahr 2009 Sondermaßnahmen der Städtebauförderung in das Konjunkturpaket II aufgenommen. Für Unterfranken stand hierzu ein Fördervolumen von 2,25 Mio. Euro zur Verfügung.

Unter Zustimmung durch den hierfür gebildeten Beirat konnten aus den 27 Bewerbungen 7 Projekte in folgenden unterfränkischen Kommunen ausgewählt werden: Markt Burgsinn, Gemeinde Gochsheim, Stadt Königsberg i. Bay., Stadt Ochsenfurt, Gemeinde Pfarrweisach, Gemeinde Rödelsee, Stadt Zeil a. Main.

Bis zum 31.12.2010 mussten alle Maßnahmen begonnen sein, Auszahlungen waren längstens bis 31.12.2011 möglich. Alle Maßnahmen konnten termingerecht abgeschlossen werden. Die Verwendungsnachweise und damit die ordnungsgemäße Verwendung der Sondermittel der Städtebauförderung wurden zwischenzeitlich für alle Maßnahmen vom Bund bestätigt.



Planplatz Gochsheim © Gemeinde Gochsheim



Eröffnung Stadteingang Klingentor © Stadt Ochsenfurt

**Umsetzung des Konjunkturpaket II
Sondermaßnahmen der Städtebauförderung
Stadt Zeil am Main - Dokumentationszentrums „Zeiler Hexenturm“**

Mit dem Dokumentationszentrum „Zeiler Hexenturm“ ist nicht nur ein bauliches und kulturelles Kleinod, sondern vor allem auch ein „Lernort für Toleranz“ entstanden. Damit hat die Stadt Zeil am Main die Chance genutzt, die denkmalgeschützte und ehemals sanierungsbedürftige ehemaligen Fronveste „Obere Torstrasse 14“ wieder einer sinnvollen und für den Altstadtbereich belebenden Nutzung zuzuführen.

Bei Gesamtkosten von rd. 660.000 EUR konnten nach Abzug anderweitiger Fördermittel, Kosten in Höhe von 355.000 Euro als förderfähig anerkannt und bei einem erhöhten Fördersatz von 80% ein Zuschuss in Höhe von 284.000 EUR bewilligt werden.



Hexendokumentationszentrum Zeil a. M. vorher/nachher

© Stadt Zeil a. Main

Umsetzung des Konjunkturpaket II Sondermaßnahmen der Städtebauförderung Rödelsee - Ortsmitte „Unter den Linden“

Die Gemeinde Rödelsee hatte 2001 die Ortsmitte im Bereich der kath. Kirche und des ehem. Schlosses neu gestaltet. Nach dem Bau der Umgehungsstraße und die dadurch bewirkten Verkehrsentslastung der Ortsmitte ergab sich die Möglichkeit der Umgestaltung im Bereich der Durchgangsstraßen.

Die Gemeinde hat sich mit der Maßnahme Neugestaltung der Ortsmitte für die Aufnahme in das Konjunkturpaket II beworben und konnte nach den Auswahlkriterien berücksichtigt werden. Im Zuge der Maßnahme wurden die Seitenbereiche entlang der ehem. Durchgangsstraßen neu gestaltet und der als Lindenplatz bezeichnete Bereich vor dem Elfleins- Haus (ehem. Schmiede) zu Lasten der Verkehrsflächen deutlich vergrößert. In die Maßnahme einbezogen wurde die Gestaltung der Bushaltestellen und des Umfeldes um die evang. Kirche sowie des Kriegerdenkmals.

Von den Gesamtkosten in Höhe von 772.278 Euro konnten 471.800 Euro als förderfähig anerkannt und der Gemeinde aus dem Konjunkturpaket II bei einem Fördersatz von 75% eine Zuwendung in Höhe von 353.600 Euro gewährt werden.



Neugestaltung Ortsmitte Fotos nach der Fertigstellung

© Büro Buchholz+Platzöder

10. Jahrestagung Städtebauförderung in Kitzingen

Zum zehnten Mal veranstaltete die Regierung von Unterfranken, Sachgebiet Städtebau, ihre „Jahrestagung Städtebauförderung“, die unter das Motto **„Beobachtung und Steuerung städtebaulicher Erneuerungsprozesse“** gestellt wurde, um die Bedeutung von „Monitoring“ und „Evaluation“ im Rahmen der verschiedenen Städtebauförderungsprogramme zu verdeutlichen.

In der Alten Synagoge in Kitzingen konnte Herr Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer hierzu ca. 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen. Sein besonderer Dank galt der Stadt Kitzingen und Herrn Oberbürgermeister Müller für die erfolgreiche Stadtsanierung und die Unterstützung der diesjährigen Tagung.

In verschiedenen Referaten wurde aufgezeigt, dass es für eine Kommune immer wichtiger wird, maßgeschneiderte, gesamtörtliche und ggf. interkommunale Strategien zu erarbeiten und hieraus vorausschauend Maßnahmen zur Innenentwicklung abzuleiten. Diese Handlungsansätze müssen aufgrund des sozialen, wirtschaftlichen und demographischen Wandels auch immer wieder auf ihre Wirksamkeit hin beobachtet und überprüft werden. Am Nachmittag konnten sich die Teilnehmer dann bei Führungen von den Sanierungserfolgen der Stadt Kitzingen vor Ort zu überzeugen, wozu auch der Besuch der Gartenschau „Natur in Kitzingen“ zählte.



Informationen in der Alten Synagoge, beim Stadtrundgang und Besuch der „Natur in Kitzingen“

© RUF

